

Niederschrift

über die 31. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 13.11.2024, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen.

Tagesordnung

1. Mitteilungen der Bürgermeisterin
2. Einführung und Verpflichtung von neuen Stadtverordneten - Änderung der Besetzung von Ausschüssen und Drittorganisationen
Vorlage: 3159/2024
3. Antrag der SPD-Fraktion vom 09.02.2024: Schaffung von neuem Wohnraum in Geilenkirchen
Vorlage: 3137/2024
4. Beratung und Beschlussfassung über den Beteiligungsbericht der Stadt Geilenkirchen für das Jahr 2023
Vorlage: 3123/2024
5. Genehmigung von außerplanmäßigen und überplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 3173/2024
6. Bericht über die Entwicklung der Haushalts- und Finanzlage im 3. Quartal 2024
Vorlage: 3175/2024
7. Zuleitung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Plan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: 3174/2024
8. Aufstellung des Haushaltsplanes 2025 für das Jugendamt
Vorlage: 3145/2024
9. Neuordnung der IWA - Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA) – Erhöhung der Gesellschafteranteile der Verbandswasserwerk Gangelt GmbH an der IWA
Vorlage: 3169/2024
10. Beratung und Beschlussfassung über den Bauvorentwurf zur Erneuerung von Straße und Kanal der Straße "Im Lindenfeld"
Vorlage: 3142/2024
11. Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Erschließungsanlage "Opheimer Benden" im Stadtteil Müllendorf
Vorlage: 3152/2024
12. Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Erschließungsanlage "Blockstraße" im Stadtteil Müllendorf
Vorlage: 3153/2024
13. Antrag der Fraktionen Bürgerliste und CDU "Überprüfung der Verkehrssituation im Bereich der Püttstraße an der Zu-/Abfahrt der B221/B56"
Vorlage: 3165/2024
14. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
15. Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:Vorsitzende/r

1. Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld

Mitglieder

2. Daniel Bani-Shoraka
3. Cornelia Banzet
4. Marko Banzet
5. Heike Becker
6. Hans-Jürgen Benden
7. Maja Bintakys-Heinrichs
8. Karola Brandt
9. Karl-Peter Conrads
10. Michael Cremerius
11. Markus Diederer
12. Sonja Engelmann
13. Franz-Peter Fröschen
14. Helmut Gerads
15. Christoph Grundmann
16. Christina Hennen
17. Judith Jung-Deckers
18. Michael Kappes
19. Stefan Kassel
20. Robert Kauhl
21. Wilfried Kleinen
22. Dirk Kochs
23. Christian Kravanja
24. Willi Münchs
25. Hans-Josef Paulus
26. Hannelore Peter
27. Gero Ronneberger
28. Ursula Rudzki
29. Manfred Schumacher
30. Barbara Slupik
31. Norwin Sommerfeld
32. Lars Speuser
33. Jürgen Steegers
34. Raimund Tartler
35. Ruth Thelen
36. Max Weiler

von der Verwaltung

37. Joachim Grünwald
38. Christina Kamphausen
39. Beigeordneter Stephan Scholz
40. Stefanie Siebert

Entschuldigt:Mitglieder

41. Maria Beaujean

- 42. Mario Karner
- 43. Harald Volles

von der Verwaltung

- 44. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
- 45. Christoph Nilles

Bürgermeisterin Ritzerfeld eröffnete die 31. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am 13.11.2024 um 18 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses und hieß die Stadtverordneten, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Bürgerinnen und Bürger herzlich willkommen.

Sie stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung vom 05.11.2024 form- und fristgerecht zugestellt worden sei. Einwendungen gegen die Niederschrift der 30. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen vom 25.09.2024 habe es nicht gegeben.

Bürgermeisterin Ritzerfeld entschuldigte an dieser Stelle Stadtverordnete Beaujean, Stadtverordneten Karner und Stadtverordneten Volles. Von der Verwaltung entschuldigte sie den Ersten Beigeordneten Brunen und den Kämmerer Herrn Nilles. Sie stellte die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte, dass der Stadtverordnete Rainer Jansen am Montag, dem 21.10.2024, im Alter von 68 Jahren unerwartet verstorben sei. Mit einer kurzen Unterbrechung war Rainer Jansen über 20 Jahre im Stadtrat und in verschiedenen Ausschüssen tätig und habe die Interessen der Geilenkirchener Bevölkerung stets mit voller Hingabe und großem Engagement vertreten und dabei seine grüne Überzeugung in die politische Arbeit eingebracht. Sein plötzlicher Abschied hinterlasse eine spürbare Lücke. Sie dankte Rainer Jansen für seine langjährigen Verdienste und rief zu einer gemeinsamen Schweigeminute auf.

Der Bürgerentscheid werde am 15.12.2024 stattfinden. Die Abstimmungsunterlagen seien versendet worden und z. T. bereits angekommen. Bürgermeisterin Ritzerfeld betonte, dass die Fragestellung des Bürgerentscheids von den Initiatorinnen des Bürgerbegehrens vorgegeben wurde und nicht von der Verwaltung stamme.

Sie informierte, dass die Kapazitäten zur Unterbringung von geflüchteten Menschen trotz weiterer Wohnungsakquisen erschöpft seien. Die Verwaltung habe daher der Bezirksregierung Arnsberg mit Schreiben vom 09.10.2024 eine Überlastungsanzeige übermittelt und darum gebeten, von weiteren Zuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz und dem Aufenthaltsgesetz bis zur Inbetriebnahme der derzeit im Bau befindlichen Containeranlagen abzusehen. Hierauf sei inzwischen die positive Rückmeldung erfolgt, dass die Zuweisungen für die Dauer von fünf Wochen ausgesetzt werden, sodass erst Anfang Dezember nach Bezugsfertigkeit der Containeranlagen mit den nächsten Zuweisungen gerechnet werden müsse. Bürgermeisterin Ritzerfeld wies in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass hierdurch das Aufnahmesoll der Stadt nicht gemindert werde. Nach Ablauf der Aussetzung sei daher in verstärktem Maße mit neuen Zuweisungen zu rechnen.

Die Verwaltung habe in Kooperation mit der Lebenshilfe Heinsberg die Broschüre in Leichter Sprache überarbeitet. Diese sei bereits auf der Homepage zu finden. Für die Umsetzung habe die Stadt Spendengelder erhalten, und in Kürze finde ein Pressetermin statt, an dem auch die Sponsoren teilnehmen werden.

Der Sitzungskalender für das Jahr 2025 sei in der heutigen Sitzung des Verwaltungsvorstandes beschlossen worden und werde den Stadtverordneten am nächsten Tag zugestellt.

TOP 2 Einführung und Verpflichtung von neuen Stadtverordneten - Änderung der Besetzung von Ausschüssen und Drittorganisationen

3159/2024

Bürgermeisterin Ritzerfeld führte die neuen Stadtverordneten, Frau Ursula Rudzki und Herrn Franz-Peter Fröschen, feierlich ein.

Sie informierte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kurzfristig noch eine Änderung in der Ausschussbesetzung angemeldet habe. Frau Bintakys-Heinrichs werde persönliche Vertreterin von Frau Thelen im Wahlprüfungsausschuss.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Einführung und Verpflichtung der neuen Ratsmitglieder zur Kenntnis und beschließt die vorgeschlagene Änderungen der Besetzung der Ausschüsse und Drittorganisationen in der beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Antrag der SPD-Fraktion vom 09.02.2024: Schaffung von neuem Wohnraum in Geilenkirchen

3137/2024

Die Verwaltung informierte über den geänderten Beschlussvorschlag.

Die SPD-Fraktion erläuterte ihren Antrag und bat um die Zustimmung aller Stadtverordneten. Die Stadt benötige dringend bezahlbaren Wohnraum und keine teuren Penthäuser. Die Prüfung müsse ergebnisoffen erfolgen, um das Ziel, Wohnungen für alle Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von deren Einkommenshöhe – zu schaffen, zu erreichen. Es sei dabei unerheblich, ob man auf Modelle wie Genossenschaften, städtische Gesellschaften oder den Verkauf von Grundstücken setze; entscheidend sei, dass endlich mit der Umsetzung begonnen werde.

Die Verwaltung erklärte, dass auch die Kommune großes Interesse an der Schaffung von sozialem Wohnraum habe, insbesondere da in naher Zukunft einige Wohnungen aus der Belegungsbindung fallen würden. Bereits in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 30. Oktober 2024 sei der Beschlussvorschlag ausführlich diskutiert worden. Dabei habe die Verwaltung erläutert, welche Informationen sie bisher eingeholt habe und warum sie von dem formulierten Beschlussvorschlag abrate. Zudem stehe man im Austausch mit dem Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) in Berlin.

Aus Sicht der Verwaltung würde eine umfassende und teure Kosten- /Nutzenrechnung nur bestätigen, dass weder eine Genossenschaft noch eine städtische Gesellschaft praktikable Optionen seien. Beide Modelle würden Gesellschafter, Personal, Grundstücke und finanzielle Grundlagen erfordern. Die Stadt besitze jedoch derzeit keine geeigneten Grundstücke. Ebenso seien aufgrund der engen Haushaltslage finanzielle Investitionen nicht möglich. Die Verwaltung schlug stattdessen vor, Baugrundstücke zu entwickeln und im Rahmen der Bauleitplanung für sozialen Wohnungsbau bereitzustellen. Mit einem entsprechenden Ratsbeschluss könne die Verwaltung dies sofort im Rahmen der Entwicklung des nächsten Baugebietes vorbereiten und einen Investor suchen. Darüber hinaus arbeite man bekanntlich auch an der Entwicklung von Bauvergabekriterien. Hierin könnten Regelungen für Mehrfamilienhäuser mit sozialer Wohnraumförderung aufgenommen werden.

Unabhängig von der heutigen Entscheidung werde das Thema sozialer Wohnungsbau weiterverfolgt. Fraglich bleibe lediglich, in welchem Rahmen und mit welchen Mitteln die Stadt sozialen Wohnraum schaffen könne. Die Verwaltung rate daher weiterhin von der Zustimmung zu diesem Beschlussvorschlag ab, da durch die Erstellung eines Gutachtens sicher keine zielführende Lösung gefunden werden könne.

Die Bürgerliste forderte für die weitere Vorgehensweise der Verwaltung einen konkreten Beschlussvorschlag. Auch wenn eine Kosten- /Nutzenrechnung aufwändig und teuer sei, halte man es für sinnvoll damit zu beginnen. Zudem bezweifle man, dass der Ansatz der Verwaltung erfolgversprechend sei, da der Markt auf diese Weise nicht funktioniere. Grundsätzlich würde die Bürgerliste eine Zuständigkeit des Kreises anstelle der Kommunen bevorzugen.

Die CDU-Fraktion meinte, dass sozialer Wohnungsbau für Investoren aufgrund hoher Baukosten und Zinsen nur mit staatlichen Zuschüssen attraktiv sei. Andernfalls sei sozialer Wohnungsbau nicht wirtschaftlich.

Die Verwaltung erwiderte, dass sich inzwischen die Förderungen für den sozialen Wohnungsbau im Kreis Heinsberg fast verdoppelt hätten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kosten-/Nutzenrechnung für die Errichtung sozialen Wohnraums über eine Wohnungsbaugesellschaft einerseits und den Bau sozialen Wohnraums in eigener Verantwortung andererseits, zu erstellen, die Umsetzbarkeit zu prüfen und für die folgende Sitzung des Ausschusses den Fraktionen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	17
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 4 Beratung und Beschlussfassung über den Beteiligungsbericht der Stadt Geilenkirchen für das Jahr 2023

3123/2024

Beschluss:

Der Rat beschließt den Beteiligungsbericht für das Jahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 5 Genehmigung von außerplanmäßigen und überplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2024

3173/2024

Beschluss:

Die außerplanmäßigen und überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 6 Bericht über die Entwicklung der Haushalts- und Finanzlage im 3. Quartal 2024

3175/2024

Die Verwaltung informierte, dass es im Vergleich zum Bericht über das 2. Quartal einige Verbesserungen gebe. Durch den Belastungsausgleich im Bereich der Jugendhilfe erhalte die Stadt eine Nachzahlung von 813.000 €. Hiervon müssen voraussichtlich 483.000 € an die Träger weitergeleitet werden und 330.000 € würden für die städtischen Kitas im Haushalt verbleiben. Dies seien jedoch nur Schätzungen, da der Bescheid noch nicht vorliege. Weiterhin werde der Gewerbesteuerertrag voraussichtlich 16,5 Mio. Euro statt der ursprünglich erwarteten 14,4 Mio. Euro betragen. Hierfür sei u. a. ein Hinterziehungsfall verantwortlich, durch den es zu einer Nachzahlung von rd. 1 Mio. € gekommen sei. Bei den Personalkosten zeichne sich eine Verbesserung ab. Gründe hierfür seien u. a. lange Krankheitsfälle, Stellenvakanzen durch Personalwechsel und langwierige Besetzungsverfahren aufgrund des Fachkräftemangels. Weiterhin gebe es keine neuen Kreditaufnahmen.

Kenntnisnahme:

Der Rat nahm den Quartalsbericht zur Kenntnis.

TOP 7 Zuleitung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Plan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2025

3174/2024

Bürgermeisterin Ritterfeld hielt ihre Haushaltsrede unter Verwendung der der Niederschrift beigefügten Präsentation. Sie dankte allen Amtsleitungen für ihre Kompromissbereitschaft sowie den Mitarbeitenden der Kämmerei für ihre Arbeit, insbesondere dem derzeit erkrankten Kämmerer, der noch bis gestern Nacht am Haushaltsentwurf gearbeitet habe. Zudem appellierte sie an die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit, insbesondere bei den bevorstehenden Haushaltsberatungen.

Kenntnisnahme:

Der Rat nimmt Kenntnis.

Herr Weiler betrat den Sitzungssaal um 18:49 Uhr.

TOP 8 Aufstellung des Haushaltsplanes 2025 für das Jugendamt

3145/2024

Die Verwaltung informierte, hier müsse noch der Belastungsausgleich aus dem Bereich Jugendhilfe eingepflegt werden.

Beschluss:

Der Rat beschließt die in der Anlage aufgeführten Haushaltsansätze in den Gesamthaushalt der Stadt Geilenkirchen für das Jahr 2025 einzustellen und zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0

Enthaltung:	0
-------------	---

Einstimmig beschlossen.

TOP 9 Neuordnung der IWA - Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA) – Erhöhung der Gesellschafteranteile der Verbandswasserwerk Gangelt GmbH an der IWA

3169/2024

Beschluss:

1. Dem Antrag der STAWAG auf Zustimmung zur Abtretung eines Geschäftsanteils von 10 % an die Stadtwerke Heinsberg GmbH wird zugestimmt (§ 15 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages).
2. Dem Verzicht auf die Ausübung des Vorerwerbsrechts für die 10 % Geschäftsanteil gegenüber der STAWAG wird zugestimmt (§ 15 Abs. 2 Gesellschaftsvertrag).
3. Dem Erwerb von 5 % der Geschäftsanteile an der IWA - Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH durch die Verbandswasserwerk Gangelt GmbH zum Kaufpreis von 5.700,- € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 10 Beratung und Beschlussfassung über den Bauvorentwurf zur Erneuerung von Straße und Kanal der Straße "Im Lindenfeld"

3142/2024

Die Fraktionen benannten folgende Vertretungen:

CDU	→ Herr Schumacher, Herr Kauhl, Herr Karner, Herr Bähr
Freie Bürgerliste	→ Frau Hennen, Herr Laumen
SPD	→ Herr Helf
Bündnis 90/die Grünen	→ Herr Volles
FDP	→ Herr Dorner

Beschluss:

Der Planvorentwurf wird zur Vorstellung in einer Einwohnerversammlung verabschiedet. Der Rat der Stadt beschließt die Durchführung einer Einwohnerversammlung und benennt folgende Vertreter/innen der Fraktionen als Teilnehmer/innen an der Versammlung:

- CDU (4 Plätze)
- Freie Bürgerliste (2 Plätze)
- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (1 Platz)
- SPD (1 Platz)
- FDP (1 Platz)

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 11 Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Erschließungsanlage "Opheimer Benden" im Stadtteil Müllendorf

3152/2024

Die SPD-Fraktion erklärte, sie lehne den Beschlussvorschlag ab, bis dass durch eine endgültig klarstellende gesetzliche Regelung sichergestellt sei, dass das Land alle Kosten übernehme und diese nicht von den Bürgern getragen werden müssen.

Beschluss:

Zum Ersatz des Aufwandes für die Erneuerung und Verbesserung der Erschließungsanlage „Opheimer Benden“ im Stadtteil Müllendorf werden gemäß § 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in Verbindung mit der Satzung der Stadt über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen Beiträge erhoben. Der Anteil der Beitragspflichtigen richtet sich nach § 3 Abs. 3 Nr. 1 der Satzung.

Gemäß den ergänzenden Vorschriften des § 8a KAG wird ein Förderantrag gestellt, der die Beitragslast der Beitragspflichtigen bei positiver Bescheidung zu 100 % übernimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	30
Nein:	6
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 12 Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Erschließungsanlage "Blockstraße" im Stadtteil Müllendorf

3153/2024

Beschluss:

Zum Ersatz des Aufwandes für die Erneuerung und Verbesserung der Erschließungsanlage „Blockstraße“ im Stadtteil Müllendorf werden gemäß des § 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in Verbindung mit der Satzung der Stadt über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen Beiträge erhoben. Der Anteil der Beitragspflichtigen richtet sich nach § 3 Abs. 3 Nr. 1 der Satzung.

Gemäß den ergänzenden Vorschriften des § 8a KAG wird ein Förderantrag gestellt, der die Beitragslast der Beitragspflichtigen bei positiver Bescheidung zu 100 % übernimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	30
Nein:	6
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 13 Antrag der Fraktionen Bürgerliste und CDU "Überprüfung der Verkehrssituation im Bereich der Püttstraße an der Zu-/Abfahrt der B221/B56"

3165/2024

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilte mit, dass sie sich enthalten werde, da die Verwaltung die im Antrag genannten Punkte ohnehin innerhalb der Verfahrensvorgaben prüfen werde. Eine separate Beauftragung sei nicht erforderlich.

Auch die SPD-Fraktion unterstützte diese Haltung.

Die CDU-Fraktion wies darauf hin, dass die Verkehrssituation in dem Bereich insbesondere zu Fuß oder mit dem Fahrrad schwierig sei. Es sei den Fraktionen ein großes Anliegen, dass dieses Thema im Gesamtkonzept berücksichtigt werde.

Von der Bürgerliste wurde angemerkt, dass die Verwaltung die Fraktionen ermutigt habe, den Antrag zu stellen.

Abschließend erklärte die Verwaltung, dass sie alle Anregungen prüfen und bearbeiten werde.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Prüfung – in Zusammenarbeit mit der Polizei – der verkehrstechnischen Machbarkeit, Zulässigkeit und Umsetzbarkeit, z. B. einer Ampelanlage an der genannten Stelle sowie möglicher Alternativen, wie zusätzliche Markierungen und Absicherung eines Radwegs durch Poller oder eine veränderte Verkehrsführung, wie z. B. eine Fahrbahnverengung.
2. Verbesserung der Beleuchtung der Unterführung, um die Sichtverhältnisse für alle Verkehrsteilnehmenden nachhaltig zu erhöhen
3. Kostenermittlung und zeitliche Planung der Umsetzung
4. Abstimmung mit den zuständigen Behörden und Berücksichtigung möglicher Fördermöglichkeiten zur Förderung der Verkehrssicherheit.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	23
Nein:	2
Enthaltung:	11

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 14 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

Stadtverordneter Kravanja fragte, ob im Rahmen der Haushaltsberatungen über die Möglichkeit der Differenzierung der Hebesätze entschieden werde oder ob seitens der Verwaltung keine politische Diskussion gewünscht sei.

Die Verwaltung antwortete, dass sie aufgrund rechtlicher Unsicherheiten und der Empfehlung des Städte- und Gemeindebundes im Haushaltsentwurf von einer Differenzierung abgesehen habe. Mit einem entsprechenden Haushaltsänderungsantrag könne das Thema jedoch weiterhin diskutiert werden.

Stadtverordneter Kleinen fragte, ob die Verwaltung prüfen könne, ob auf der Umleitungsstrecke aufgrund der Baustelle an der Quimperlestraße ein Parkverbot eingerichtet werden könne, da die Parksituation zu langen Wartezeiten bei der Umfahrung führe.

Stadtverordneter Conrads fragte ergänzend, ob auch die Möglichkeit einer Einbahnstraße in Betracht gezogen werden könne.

Die Verwaltung bestätigte dies. Das zuständige Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung werde beide Vorschläge prüfen.

Stadtverordneter Kahl fragte, wann der Umbau des Wurmauenparks beginnen werde.

Die Verwaltung antwortete, dass sich fünf Landschaftsgartenbetriebe auf die Ausschreibung beworben hätten und der zuständige Ingenieur die Angebote derzeit noch prüfe. In der nächsten Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses werde über die Vergabe entschieden.

TOP 15 Fragestunde für Einwohner

Es gab keine Anfragen.

Die Sitzung endete um 20:28 Uhr.

Vorsitzende

Daniela Ritterfeld
Bürgermeisterin

Christina Kamphausen
Schriftführerin